

Gerd Medger
Räcknitzhöhe 57
01217 Dresden
0351-3268612
Dresden@gerd-medger.de

Dresden, am 17.02.2017

Herr Dirk Hilbert
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Dresden
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
per e-Post oberbuergemeister@dresden.de

Sehr geehrte Herr Hilbert,

ich möchte mich hiermit zu der Sondernutzung des historischen Neumarktes in meiner Heimatstadt Dresden äußern.

Ich meine damit die Lagerung der drei Schrottbusse. Sie dagegen nennen es wohl Kunstwerk.

Dazu werde ich fünf Schwerpunkte nennen.

1. Vereinen und nicht trennen – miteinander reden

Als Sie sich bereiterklärten für das Amt des Oberbürgermeisters unserer Stadt zu kandidieren, war diese gespalten. Das wurde an den vielen Protesten sichtbar.

Im Konkreten waren es solche Ereignisse wie zum Beispiel die friedlichen Proteste der PEGIDA, Willkommenskultur, Kriegsflüchtling, Asylheime usw. Diese Beispiele könnte ich beliebig weiter führen.

Die Ansichten und die Meinigen darüber spalteten unserer Stadt, wie es das noch nie gegeben hat.

Aus diesem Grund wollten Sie die Stadt wieder einen und daß alle miteinander reden.

Erinnern Sie sich bitte, Sie wurden auch mit den Stimmen der PEGIDA zum Oberbürgermeister gewählt. Sie wurden nicht gewählt, weil wir Sie mochten, sondern weil wir verhindern wollten, daß Frau Stange (SPD) zur Oberbürgermeisterin gewählt wird.

Statt mit den Bürgern vorher über Ihre Anliegen auf dem Neumarkt und auf dem Theaterplatz zu sprechen, erschienen plötzlich, wie aus dem Nichts, in den Zeitungen Meldungen. Sie beabsichtigten also gar nicht, die Bürger einzubeziehen oder vorher mit ihnen zu sprechen.

Mit der Sondernutzung des Neumarktes erreichten Sie aber das Gegenteil von dem Wahlversprechen; die Dresdner reden nicht miteinander, sondern sie reden gegeneinander. Sie streiten. Das haben Sie damit herausgefordert. Sie vertieften damit die Gräber weiter.

Am 11. Februar, als Sie diese Sondernutzung freigaben, erklärten Sie, daß man doch miteinander reden müsse. Ja, auch ich bin dieser Meinung.

Aber man sollte im Vorhinein mit den Bürgern reden, deren Meinung anhören, sowie deren Vorschläge und Meinungen abwägen.

Frag1

Warum haben Sie das nicht vorher getan?

Frage2:

Was wäre denn, wenn die Bürger zum Beispiel die Fläche am Straßburger Platz oder das Ostra-Gehege vorgeschlagen hätten. Wären Sie diesen Vorschlägen gefolgt?

Frage: 3

Werden Sie nach den heftigen Protesten, nach dem Gelächter aus dem Ausland usw. Ihren Entschluß zurücknehmen und die Schrottbusse anderswo aufstellen?

2. Zu dem, was als Kunstwerk bezeichnet wird.

Der Begriff Kunst ist nicht bestimmt, er ermöglicht alles und kann unterschiedlich, je nach Bildungsgrad, ausgelegt werden.

Aber bei

- einer Stadt wie Dresden, zu der Gerhard Hauptmann in seinem Gedicht
„Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.
Dieser heitere Morgenstern der Jugend hat bisher der Welt geleuchtet. Ich weiß, daß in England und Amerika gute Geister genug vorhanden sind, denen das göttliche Licht der Sixtinischen Madonna nicht fremd war und die von dem Erlöschen dieses Sternes allertiefst getroffen weinen.
Von Dresden aus, von seiner köstlich-gleichmäßigen Kunstpflege sind herrliche Ströme durch die Welt geflossen“, schrieb,
 - einer Stadt, bei der man sofort zum Beispiel an solche Künstler von Weltrang, wie Schiller, Weber, Körner Schütz, Semper, Wagner, Nexö, Devrient, Caspar-David Friedrich, Grundig, Neuber, Pöppelmann, Rayski und viele mehr, erinnert wird,
 - einer Stadt mit einer der größten Kunstsammlungen (Alte Meister, Grüne Gewölbe, Prozellansammlung, Zwinger, Semperoper)
- sollte man den Maßstab für diesen Begriff schon sehr weit hoch anlegen.

Diese Sondernutzung als Kunst zu bezeichnen ist eine Beleidigung der bereits genannten Künstler. Der größte Teil der Dresdner nennt es einfach Schrotthaufen.

Der Urheber, ich möchte bewußt den Begriff Künstler meiden, Manaf Halbouni, studierte bei Prof Eberhard Bosslet Bildhauerei an der Hochschule für Bildende Künste Dresden.

Prof. Bosslet verwendet in seinen Arbeiten ausschließlich Produkte und Technologien aus der industriellen und gewerblichen Wirklichkeit. Sie seien immer wesentlicher, sichtbarer und ästhetischer Bestandteil seiner Werke. Manche meinen, das seien Industrieabfälle, aber keine bildende Kunst. Das prägte sicherlich auch Herrn Manaf Halbouni. Somit paßt er nicht in die Tradition unsere Stadt hinein. Man kann ihn nicht mit den anderen gleichsetzen.

Bezeichnend sind auch die vielen Erklärungsversuche und die politischen Verrenkungen um diese Sondernutzung als Kunstwerk darstellen zu können.

Ein großer Philosoph sagte einmal: Alles, was man erklären muß, das taugt nichts.

Diesen Schrotthaufen müssen wir Dresdner ungefragt hinnehmen und dulden?

Frage 4

Wieviel kostet das Objekt?

Und wer finanziert das und zu welchen Teilen?

Liegt dazu ein Beschluß des Stadtrates vor?

3. Zu Herrn Manaf Halbouni – wer sit das

Frage 5

Wer ist dieser Herr nun?

Ist er wirklich derjenige, für den er sich ausgibt? Schließlich wurden bisher viele Schläfer eingeschleust.

4. Das Objekt der Sondernutzung

Herr Hilbert, es besteht der Verdacht, daß Sie mit den Schrottbussen einem Symbol der islamistisch-salafistischen Terrormiliz Ahrar al Sham huldigen.

Diese Terroreinheit hat solche Busse im Stadtteil Bustan al-Qasr in Aleppo aufgestellt, angeblich um die Bevölkerung vor Scharfschützen zu schützen. In Wirklichkeit schützten sich die brutalen Islamisten mit der Bus-Mauer vor dem Zugriff und Verhaftung durch die legitimen Regierungstruppen.

Auf dem Foto oben auf den Bussen weht nämlich die Flagge dieser Terroristenmiliz, die, wie ISIS, einen besonders brutalen Dschihad gegen die Zivilbevölkerung und den syrischen Präsidenten führt. Deren Ziel darin besteht, die rechtmäßige Assad-Regierung durch einen islamischen Staat zu ersetzen.

So berichtet die TIME am 27. März 2015: [Link zum Artikel](#)

Noch etwas zu den Fotos, die der Weltöffentlichkeit eine ganz bestimmte politische Agenda vorgaukeln sollen: Das Foto mit den Bussen hat laut TIME ein gewisser Karam Al-Masri gefertigt. Dieser ist weder ein registrierter Bildreporter, noch ist er bekannt und keiner weiß woher er kommt. Ein Hintergrund dieser Person ist auch nicht bekannt. Er kann also genauso ein Unterstützer der Kopfabscneider sein. Verbreitet werden seine Fotos per Agence France-Presse / AFP.

Das ist nun schon alle sehr eigenartig. In der Regel, wenn es zum Nutzen ist, klammern sich unsere Medien und Politiker gern an die Meldung der TIME. In diesem Fall wird aber das Foto von ihr in Zweifel gezogen.

Plötzlich wird ein geheimnisvoller Bildreporter als weiterer „Zeuge“ wie ein fünftes Ass aus dem Ärmel gezogen.

Sie können sich auch nicht hinter den Beschluß des Verwaltungsgerichtes verstecken. Es ist befangen und eine Gefälligkeitsinstanz des Justizministeriums.

Frage 6

Was soll man da noch glauben?

Frage 7

Wäre es in Anbetracht der zweideutigen Lage nicht besser, bis zur sauberen Klärung der Hintergründe, den Schrott wegzuräumen?

5. Ursache oder Wirkung

Wie immer, basteln die Politiker an den Wirkungen herum ohne die Ursachen zu nennen oder gar zu beseitigen.

Mit dieser Sondernutzung soll auf die Ängste und Leiden der Bewohner von Aleppo hingewiesen werden. Viele sehen dabei keinen Bezug zu Dresden. Er wird an den Haaren herbeigezogen, denn an den Schrottbussen ist das nicht zu erkennen und es wird aber umständlich erläutert.

Eine Gemeinsamkeit wäre, daß die Verursacher und Schuldigen für den Krieg in Syrien dieselben sind, die auch unsere Heimatstadt bombardiert haben.

Frage 8

Wäre es nicht richtiger, ein Mahnmal aufzustellen, welches die Politiker auffordert alles für den sofortigen Frieden in Syrien zu unternehmen.

Frage 9

Wäre es nicht besser, die Bundesregierung aufzufordern die Kriegsbeteiligung in Syrien sofort einzustellen.

Syrien hat uns nichts getan, im Gegenteil, es ist eines der wenigen Länder, welche 1952 die Beendigung der Kampfhandlungen mit Deutschland bestätigten.

Frage 10

Wäre es nicht richtiger, die Ursachen für den Krieg in Nah-Ost zu nennen. Diese liegen auch bei den ehemaligen Kolonialmächten England und Frankreich. Diese beiden Länder schlossen am 16. Mai 1916 das Sykes-Picot-Abkommen ab. In diesem wurden die kolonialen Interessengebiete im Nahen Osten nach der Zerschlagung des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg abgesteckt. Das Abkommen wirkt heute noch.

Die Beteiligung der Bundeswehr wurde im Dezember 2015 im Bundestag beschlossen, obwohl die BRD weder bedroht noch angegriffen wurde.

Die Abgeordneten waren sich dabei auch bewußt, daß sie gegen geltendes Recht verstoßen. Das sagten die Begründungen zu diesem Beschluß wie zum Beispiel: „Es müsse mittelfristig ein Mandat der Vereinten Nationen erzielt werden“, „...es wird rechtliches Neuland betreten“ und „sie wird als Kriegseinsatz eingestuft“.

Prof. Dr. Norman Paech, Professor für Verfassungs- und Völkerrecht i.R. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, erstellte ein Gutachten über den Einsatz der Bundeswehr in Syrien, in dem er die rechtlichen Grundlagen, auf die sich die Bundesregierung beruft, analysierte. Er kommt zu dem Schluß, daß die rechtliche Begründung der Bundesregierung „unhaltbar“ ist und die Entsendung der Bundeswehr „ein schwerer Verstoß gegen geltendes Völker- und Verfassungsrecht“.

Die syrische Regierung hat bisher nur Rußland um militärische Hilfe gebeten und kein anderes Land. Alle anderen Einsätze, so auch jener der Bundeswehr, sind demzufolge völkerrechtswidrig.

Mit freundlichen Grüßen
Gerd Medger